

# **Die Entlassung Bismarcks**

## **und die Rolle des Wirklichen Geheimen Rates Friedrich von Holstein**

**von Dr. Walter Post**

Nachdem Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 im Alter von fast 91 Jahren gestorben war, mußte sich Reichskanzler Otto von Bismarck mit dem erst 29 Jahre alten Thronfolger Wilhelm II. arrangieren. Obwohl Wilhelm II. Bismarcks politisches Werk bewunderte, kam es auf beiden Seiten zu immer größeren Meinungsverschiedenheiten, was schließlich eine Zusammenarbeit unmöglich machte. Am 20. März 1890 entließ Wilhelm II. den alten Kanzler, der fast 28 Jahre lang die preußische und deutsche Politik maßgeblich bestimmt hatte.

Die Tatsache, daß der junge Kaiser Bismarck, den führenden Staatsmann Europas, entließ, gilt als einer der Hauptkritikpunkte an Wilhelm II., als einer seiner ersten großen politischen Fehler. Er wird als Beweis dafür gewertet, daß Wilhelm II. oft egozentrisch handelte, Kritik ignorierte und von Beginn an den Willen hatte, ein „persönliches Regiment“ zu führen. Bismarck war bei seiner Entlassung bereits 75 Jahre alt. Er hatte gesundheitliche Probleme, hatte sich zuvor nur noch selten im Reichstag gezeigt und hauptsächlich von seinem Alterssitz Friedrichsruh aus regiert.<sup>1</sup> Man kann seine Entlassung daher auch als überfälligen Generationswechsel auffassen. Als der Kaiser Bismarck entließ, tat er nur das, was die meisten Deutschen ohnehin erhofften. Die allgemeine Meinung ging dahin, daß Bismarck zunehmend Anzeichen von Altersstarrsinn und Realitätsverweigerung an den Tag legte. Der Reichskanzler hatte sich im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland viele Feinde gemacht, viele hatten den Eindruck, daß er die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannte und zu einer Belastung geworden war.

Die Entlassung Bismarcks erschien den Zeitgenossen zunächst als vernünftig, wenn nicht überfällig. Erst später, als Wilhelm II. zunehmend in die Kritik geriet und der Mythos „Bismarck“ sich etabliert hatte, mußte z. B. selbst Kaiserkritiker Paul Busching 1908 zugeben: „Ist es ein

---

<sup>1</sup> Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 2004, S. 486

Zufall, daß der Eindruck der ersten entscheidenden Tat Wilhelms II., der Entlassung Bismarcks, im Laufe der Jahrzehnte gänzlich verwischt worden ist? Wir erinnern daran, daß der Kaiser am 20. März 1890 nicht allein stand, daß es Millionen gab, die von dem Rücktritt des ersten Kanzlers den Beginn einer neuen Epoche gesunder, freier Entwicklung datieren wollten, die der Bismarckschen Verwaltungsmethode, seiner Wirtschaftspolitik, seinen Anschauungen über Arbeiterfrage und Sozialismus entfremdet waren.“<sup>2</sup> Und der Sozialreformer und Pfarrer Martin Wenck schrieb im Jahre 1913: „So gewaltig erschütternd Bismarcks Sturz wirkte, einem Erdbeben gleich – um der sozialen Frage willen, die gebieterisch alle anderen zurückdrängte, empfanden viele Millionen Deutsche diesen Rücktritt doch wie eine Erlösung.“<sup>3</sup>

Der Streit zwischen Bismarck und Wilhelm II. entzündete sich in erster Linie an der „sozialen Frage“ und nicht an der Außenpolitik. Wilhelm II. stand den berechtigten Anliegen der Arbeiterklasse durchaus positiv gegenüber und betonte, daß er der König aller Deutscher, also auch der Armen, sei.<sup>4</sup> Bismarck hielt dies für „Humanitätsduselei“ und wollte die Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterklasse mit Härte und notfalls mit Waffengewalt niederhalten. Die Sozialistengesetze, die nach zwölf Jahren im Jahre 1890 im Reichstag aufgehoben worden waren, wollte Bismarck sogar noch verschärfen. Er hoffte, daß es dadurch zu Aufständen kommen würde, die einen Staatsstreich rechtfertigen würden. Wilhelm II. lehnte diese Pläne Bismarcks jedoch strikt ab und erwiderte ihm, „daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte.“<sup>5</sup>

Die neuen, vom Kaiser initiierten Arbeiterschutzgesetze versuchte Bismarck jedoch zu hintertreiben. Wilhelm II. selbst berichtete darüber: „Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen [der Arbeiterschutzgesetze] mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte.“<sup>6</sup> Bismarck wollte ein innenpolitisches Chaos inszenieren und sich selbst damit unentbehrlich machen, was tatsächlich aber nichts anderes bedeutete, als daß er mit seinem innenpolitischen Latein am Ende war.<sup>7</sup>

Am 22. März unterrichtete Wilhelm II. den britischen Botschafter in Berlin, Sir Edward Malet, über

---

2 Paul Busching: Der Kaiser. In: Martin Kohlrausch (Hrsg.): Samt und Stahl. Berlin 2006, S. 188

3 Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Berlin 2005, S. 99

4 Golo Mann, a.a.O., S. 487

5 Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig 1922, S. 32

6 Ebenda, S. 31

7 Rudolf Augstein: Der gar nicht so rote Preuße. In: DER SPIEGEL, Nr. 38/1980

die Entlassung Bismarcks. Dieser berichtete an seine Regierung in London: „Wilhelm [ging] auf die lange Geschichte seiner Differenzen mit dem Altreichskanzler in der Arbeiterschutzfrage und wegen des Sozialistengesetzes ein. Er warf Bismarck vor, den Klassenkonflikt bewußt auf die Spitze treiben zu wollen in der Absicht, dann durch Kartätschen die Straßen 'reinzufegen' [...] 'doch für mich, einen jungen Monarchen, gerade auf den Thron gekommen, und für mein ganzes Haus, wäre es katastrophal gewesen, wenn ich es zugelassen hätte, daß mein Volk auf der Straße niedergeschossen worden wäre, ohne vorher seine Beschwerden auch nur untersucht zu haben. Man hätte gesagt, daß ich nur mit Bayonetten zu regieren wüßte.' Wilhelm war der Meinung, Bismarck habe hinterrücks seine sozialpolitische Initiative zu untergraben versucht und 'ihn wie einen Schuljungen behandelt'.“<sup>8</sup>

Ungeachtet der auseinandergelassenen Ansichten und der Entfremdung zwischen Bismarck und Wilhelm II. bewunderte der Kaiser die politischen Leistungen Bismarcks. In seinen Memoiren schrieb Wilhelm 1922: „Die staatsmännische Größe des Fürsten Bismarck und seine unvergänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland sind historische Tatsachen von so gewaltiger Bedeutung, daß es wohl in keinem politischen Lager einen Menschen gibt, der es wagen könnte, sie anzuzweifeln. Deshalb schon ist es eine törichte Legende, daß ich die Größe Bismarcks nicht anerkannt hätte. Das Gegenteil ist richtig [...] Er war der Schöpfer des Deutschen Reiches, [...] wir alle hielten ihn für den größten Staatsmann seiner Zeit. [...] Als ich noch Prinz von Preußen war, habe ich oft gedacht: Hoffentlich lebt der große Kanzler noch recht lange, denn ich wäre geborgen, wenn ich mit ihm zusammen regieren könnte.“<sup>9</sup>

In der Alltagspolitik zeigten sich jedoch unüberbrückbare Differenzen, im Jahre 1928 äußerte Wilhelm gegenüber dem Schriftsteller Hans Blüher: „Ich kann Ihnen sagen: Es war furchtbar, unter Bismarck zu arbeiten! Jede Gelegenheit benutzte er, um mich zu kränken und fast zu demütigen. Und dann immer die Rücktrittsdrohung! Ich wollte ihn doch halten und mit ihm regieren! [...] Es gibt eben Grenzen des Ertragbaren. Und es war unerträglich, was er mir stündlich und täglich zumutete.“<sup>10</sup> Tatsächlich hatte Bismarck dem Kaiser immer wieder mit Rücktritt gedroht. Nachdem Wilhelm II. während einer Ministerrunde Bismarcks Kritik an den geplanten Arbeiterschutzgesetzen zurückgewiesen hatte, rief der Kanzler erregt: „Wenn Euere Majestät kein Gewicht auf meinen Rat legen, so weiß ich nicht, ob ich auf meinem Platz bleiben kann.“

Zunächst hatte Wilhelm II. noch versucht, Bismarck weiterhin für die Außenpolitik zu halten und ihn

<sup>8</sup> John C.G. Röhl: Wilhelm II. Band 2: Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001, S. 363

<sup>9</sup> Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten, a.a.O, S. 3

<sup>10</sup> Hans Blüher: Wilhelm von Hohenzollern. In: Martin Kohlrausch (Hrsg.): Samt und Stahl. Berlin 2006, S. 354f.

lediglich von der Innenpolitik zu entbinden. Mit der Zuspitzung der Bismarck-Krise äußerte Wilhelm II. dann am 27. Januar 1890, also zwei Monate vor Bismarcks Entlassung, den Wunsch, Bismarck möge sich aufs Auswärtige Amt beschränken und die Leitung der inneren Politik im Reich sowie in Preußen an einen anderen abgeben.<sup>11</sup>

Selbst nachdem er den Reichskanzler entlassen hatte, wollte Wilhelm II. wenigstens mit Bismarcks Sohn Herbert, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt war, weiter zusammenarbeiten. Wilhelm II. bat Herbert Bismarck mehrfach, ihm zu helfen, „die Tradition in der Politik fortzuführen.“<sup>12</sup> Herbert Bismarck lehnte aber ab mit der Begründung, „er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten“.<sup>13</sup> Am 21. März reichte schließlich auch der gesundheitlich angeschlagene Herbert von Bismarck seinen Rücktritt ein. Noch eine Woche später hoffte der Kaiser auf seine Rückkehr, am 28. März äußerte er: „Herbert müsse wieder eintreten, so wie er sich erholt hat, und denselben Platz einnehmen wie bisher!“ Er schätze Herbert Bismarcks Tüchtigkeit und betrachte ihn als einen Freund.<sup>14</sup> Dazu sollte es aber nicht mehr kommen.

Wilhelm II. entließ Otto von Bismarck, weil eine Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich war, und nicht, um anschließend ungestört eine andere Außenpolitik verfolgen zu können. Unmittelbar vor Bismarcks Entlassung, am 19. März, telegraphierte Wilhelm II. an seine englische Großmutter, Queen Victoria: „Meine Politik wird sich überhaupt nicht ändern.“<sup>15</sup>

Die Mehrheit der Deutschen war seinerzeit über die Ablösung Bismarcks erleichtert. Der Schriftsteller Theodor Fontane, der jahrzehntelang zwischen Bewunderung und Kritik geschwankt hatte, schrieb: „Es ist ein Glück, daß wir ihn los sind, und viele, viele Fragen werden jetzt besser, ehrlicher, klarer behandelt werden als vorher. Er war eigentlich nur noch Gewohnheitsregent, tat, was er wollte, ließ alle warten und forderte nur immer mehr Devotion. Seine Größe lag hinter ihm.“<sup>16</sup>

Bereits kurz nach seiner Entlassung begann Bismarck jedoch damit, die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen. Der Reichskanzler zeigte sich dem Publikum in den acht Tagen nach seiner Entlassung mehr als sonst in einem ganzen Jahr und sorgte für die Verbreitung seiner Version des Sturzes, wonach er vom Kaiser regelrecht „hinausgeschmissen“ worden sei.<sup>17</sup> In den

11 Röhl, Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, a.a.O, S. 315

12 Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten, a.a.O., S. 11

13 Ebenda

14 Röhl, Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, a.a.O, S. 370

15 Ebenda, S. 362

16 Kurt Schreinert (Hrsg.): Theodor Fontane. Briefe an Georg Friedlaender. Heidelberg 1954, S.125 (Brief vom 01.05.1890)

17 Röhl, Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, a.a.O, S. 350

folgenden Jahren, noch zu Lebzeiten des ehemaligen Kanzlers, begann der Bismarck-Mythos zu entstehen. Dieser bewirkte, daß seine Entlassung immer mehr verklärt und schließlich als schwerer Fehler Wilhelms II. betrachtet wurde, eine Einschätzung, die bis in die Gegenwart nachwirkt.

Während die Gründe für die Entlassung Bismarcks aufgrund der unüberbrückbaren innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten durchaus überzeugend erscheinen, sieht es im Bereich der Außenpolitik anders aus, hier erwies sich, daß alte Reichskanzler nur schwer zu ersetzen war. Für Bismarck befanden sich die Beziehungen der europäischen Mächte zueinander grundsätzlich in einem „flüssigen Aggregatzustand“, auf den ein Staatsmann fortwährend einzuwirken hatte. Das Ergebnis war für ihn ein „kunstvolles Spiel mit fünf Kugeln“, verkörpert durch die fünf damaligen europäischen Großmächte. Dieses Spiel erforderte ein Höchstmaß an diplomatischer Geschicklichkeit.<sup>18</sup> Das von Bismarck aufgebaute Bündnissystem besaß durch die Einbeziehung Rußlands, so wie sie zuletzt im Rückversicherungsvertrag von 1887 zum Ausdruck kam, eine tragende Säule. Dem Rückversicherungsvertrag waren das Dreikaiserabkommen von 1873 und der Dreikaiservertrag von 1881 vorausgegangen.

Seit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und der Gründung des Deutschen Reiches wurde das europäische Staatensystem von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und dem Russischen Reich dominiert. Bismarck gelang es Frankreich nach 1871 zu isolieren, so daß es keinen Bündnispartner für einen Revanchekrieg fand. Der Grund für solche Revanchepläne war nach außen hin die Annexion von Elsaß-Lothringen durch das Deutsche Reich, tatsächlich aber die Tatsache, daß Frankreich in Europa nicht mehr die erste Geige spielte.

Den größten Wert legte Bismarck auf gute Beziehungen zu St. Petersburg. Berlin pflegte seit den Tagen des preußisch-russischen Bündnisses in den Befreiungskriegen gegen Napoleon 1813/14 ein Sonderverhältnis zum Russischen Reich. Kaiser Wilhelm I. hatte als 16-jähriger Prinz am 22. Februar 1814 an der Schlacht bei Bar-sur-Aube in der Champagne teilgenommen, in der Bayern, Österreicher und Russen gegen die Franzosen gefochten hatten. Seit dieser Zeit besaß Wilhelm ein sehr enges, um nicht zu sagen emotionales, Verhältnis zu Rußland.

Die deutschen Siege über Frankreich 1870/71 und die Reichsgründung wurden durch die wohlwollende Neutralität Rußlands sehr erleichtert, Preußen hatte im Osten den Rücken frei.

---

<sup>18</sup> Georges-Henri Soutou, Ein Spiel mit vielen Bällen. Bismarcks Bündnissystem in der Bewährung, in: Ulrich Lappenküper/Katharina Urbach (Hrsg.), Realpolitik in Europa - Bismarcks Weg, Paderborn 2016, S. 175 ff.

Dieses besondere Verhältnis spiegelte sich auch in den engen persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm I. und seinem Neffen, dem russischen Kaiser Alexander II., wieder. Um nach 1871 französischen Koalitionsmöglichkeiten und einem Revanchekrieg gegen Deutschland entgegenzuwirken strebte Bismarck die Verbindung mit Rußland, zugleich aber auch mit Österreich-Ungarn, an. Bismarck hatte nach dem preußischen Sieg über Österreich in der Schlacht von Königgrätz 1866 in Böhmen alles getan, um eine Demütigung Wiens zu vermeiden, und es gelang ihm, ab dem Sommer 1870 eine Reihe von freundschaftlichen Zusammenkünften zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph herbeizuführen. Die guten persönlichen Beziehungen zwischen Wilhelm, Franz Joseph und Alexander II. führten schließlich zum Abschluß des Dreikaiserabkommen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Russischen Reich, das am 22. Oktober 1873 in Schloß Schönbrunn in Wien unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen sollte die Solidarität der konservativen europäischen Monarchien zum Ausdruck bringen und lehnte sich an das Vorbild der Heiligen Allianz von 1815 an.<sup>19</sup>

Durch den Berliner Kongreß von 1878 kam es jedoch zu einer gewissen Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland. Die russische Armee hatte die Türken im Krieg von 1877/78 vernichtend geschlagen und den Balkan zu einer russischen Einflußzone gemacht. Diesen Machtzuwachs wollten Großbritannien und Österreich-Ungarn nicht hinnehmen. Auf der Berliner Konferenz wurde ein Kompromiß gefunden, der die Ergebnisse der russischen militärischen Siege größtenteils wieder rückgängig machte. Bismarck hatte als "ehrlicher Makler" sein bestes getan, aber der russische Außenminister Fürst Alexander Gortschakow wie auch Alexander II. waren der Meinung, daß der deutsche Reichskanzler sich mehr für die russischen Interessen hätte einsetzen können.

Am 7. Oktober 1879 unterzeichneten Bismarck und der österreichisch-ungarische Außenminister Gyula Graf Andrassy den Zweibundvertrag. Dieser Bündnisvertrag zwischen Deutschland und der Donaumonarchie hatte rein defensiven Charakter und sollte zur Grundlage der deutschen Außenpolitik bis zum November 1918 werden.<sup>20</sup>

Die Mißstimmung zwischen Berlin und St. Petersburg, die vom Berliner Vertrag ausgelöst worden war, konnte bald wieder überwunden werden. Rußland brachte 1881 sein Interesse an der Erneuerung des Dreikaiserabkommens von 1873 zum Ausdruck, und bald konnten sich Kaiser Wilhelm I., Kaiser Franz-Josef und der neue russische Kaiser Alexander III. auf den

---

19 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Hrsg. v. Johannes Lepsius/Albrecht Mendelsohn-Bartholdy/Friedrich Wilhelm Timme. 54 Bde. Berlin 1922 ff.; Band I. S. 206 ff.

20 Saint-Vallier an Freycinet, 22. März 1880, in: Bourgeois, Émile u. Pagès, Georges: Die Ursachen und die Verantwortlichkeiten des Großen Krieges 1914. (Les origines et les responsabilités de la Grande Guerre). Hrsg. von Bernhard Schwertfeger, Berlin 1926, S. 368 f.

Dreikaiservertrag einigen. Am 18. Juni 1881 unterzeichneten Bismarck, der russische Botschafter Peter Saburow und sein österreichischer Amtskollege Emmerich Széchenyi das „Dreikaiserbündnis“, das bis 1918 streng geheimgehalten werden sollte. Sollte Deutschland in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden, oder Österreich mit Italien oder Rußland mit der Türkei, so hatte keines der drei östlichen Kaiserreiche einen Angriff von den beiden anderen Vertragspartnern zu befürchten. Der Sinn dieses Geheimabkommens bestand für Bismarck darin, einen russisch-österreichischen Konflikt zu verhindern. Durch Artikel II des Vertrages entstand eine stillschweigende Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Südosteuropa. Der östliche Balkan mit Bulgarien war russische Einflußzone, während der Westbalkan und Serbien dem Einflußbereich Österreich-Ungarns zugeordnet wurden.<sup>21</sup>

Dies schien das sicherste Mittel zu sein, um gefährliche Konflikte auf dem Balkan zu vermeiden. Bismarck scheute sich in der Folgezeit auch nicht, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Verbündeten dazu zu bringen, und das galt insbesondere für Wien, sich auf die festgesetzten Sphären zu beschränken. Die Partner erkannten außerdem die russische Auslegung des Grundsatzes von der Schließung der Dardanellen der Durchfahrt zwischem Mittelmeer und Schwarzem Meer, an, wonach die Türkei gegenüber anderen Mächten im Kriegsfall zur Schließung der Meerengen verpflichtet war, während sie nach englischer Ansicht die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe erlauben sollte. Für Bismarck war es unabdingbar, daß Rußland das Schwarze Meer mit seinem Zugang als freier Bewegungsraum zugebilligt wurde.

1887 lief der Vertrag jedoch aus, und der russische Kaiser Alexander III. lehnte eine Erneuerung des Bündnisses ab, weil Österreich 1885/86 Serbien in einem Krieg mit Bulgarien unterstützt hatte. Alexander III. hegte ein nachhaltiges Mißtrauen gegen Österreich, das ihm von seinem Großvater Nikolaus I. hinterlassen worden war und auf die Rolle zurückging, die Wien während des Krimkrieges 1853-56 gespielt hatte. Österreich war Rußland in den Rücken gefallen, als es in Galizien Truppen konzentriert und damit den Abzug russischer Heeresverbände auf die Krim verhindert hatte, die dort dringend benötigt worden wären. Rußland war damals allein gegen Großbritannien, Frankreich und die Türkei gestanden und hatte nur von Preußen politische Unterstützung erhalten.

Als Ersatz für den Dreikaiservertrag schloß Bismarck mit dem russischen Botschafter Peter Schuwalow am 18. Juni 1887 den sogenannten Rückversicherungsvertrag, dessen Artikel I folgenden Wortlaut hatte:

„Für den Fall, daß eine der hohen vertragschließenden Parteien sich mit einer dritten Großmacht

---

21 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, a.a.O., Bd. V, S. 195

im Kriege befinden sollte, wird die andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und ihre Sorge darauf richten, den Streit örtlich zu begrenzen. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Österreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff einer dieser beiden letzten Mächte hervorgerufen ist.“<sup>22</sup>

In einer Notiz an Kaiser Wilhelm I. vom 28. Juli 1887 legte Bismarck das ausschlaggebende Motiv des Abkommens dar und betonte, daß es dabei um die Verhinderung einer „Friedensstörung“ durch Frankreich gehe. Bismarck schrieb: „Der Hauptzweck unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Ein Angriff Frankreichs auf Deutschland infolge innerer französischer Zustände und Vorgänge halte ich nach wie vor für die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa; viel wahrscheinlicher als die eines russischen Orientkrieges.“<sup>23</sup>

Dieses Defensivbündnis mit Rußland war für die Zwecke Bismarcks völlig ausreichend. Er suchte keinen militärischen Konflikt mit Frankreich, und sollte Frankreich einen Krieg beginnen, dann war Deutschland durch Österreichs wohlwollende Neutralität im Süden und durch den Rückversicherungsvertrag nun auch im Osten gedeckt. Das deutsche Bündnis mit Österreich blieb von diesem Vertrag mit Rußland unberührt, allerdings wurde der Pakt vor der Wiener Regierung geheimgehalten. Gleichzeitig erkannte er die russischen Interessen auf dem Balkan und an den Meerengen an. Der Rückversicherungsvertrag hatte eine Laufzeit von nur drei Jahren, dann mußte er verlängert werden.

Fünf Jahre zuvor, 1882, hatte sich Italien dem deutsch-österreichischen Defensivbündnis von 1879 angeschlossen und dieses damit zum Dreibund erweitert. Sowohl Berlin wie auch Wien und Rom versprachen sich von diesem Bündnis bedeutende Vorteile. Bismarck hoffte, durch diesen Vertrag ein italienisch-französisches Bündnis zu verhindern. Der Dreibund war sowohl vom Vertragstext wie von seinen Intentionen her rein defensiver Natur und mußte alle fünf Jahre verlängert werden.<sup>24</sup>

Das "Dreikaiserjahr" 1888 führte zu grundlegenden Veränderungen in der deutschen Staatsführung. Am 9. März 1888 verstarb Wilhelm I.; nur drei Monate später verschied auch sein Sohn und Nachfolger, Kaiser Friedrich III., und im Juni 1888 bestieg der erst 29 Jahre alte Enkel Wilhelms als Wilhelm II. den Thron. Friedrich III., der als liberal und englandfreundlich galt, war

---

22 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, a.a.O., Bd. V, S. 253

23 Zit.n. Helmuth K.G. Rönnefarth, Konferenzen und Verträge II, 1493-1952, Ploetz 1953, S. 370

24 Sidney Bradshaw Fay, Der Ursprung des Weltkrieges Bd. I, Berlin 1930, S. 56

aufgrund einer schweren Krebserkrankung nach einer Regierungszeit von nur 99 Tagen verstorben, womit faktisch eine Generation übersprungen wurde.

Nach der Entlassung Bismarcks im März 1890 ernannte Wilhelm II. den General Leo von Caprivi zum neuen Reichskanzler. Es hat fast eine symbolische Dimension, daß die Entlassung Bismarcks am 20. März 1890 zeitlich mit dem Ablauf der Gültigkeit des am 18. Juni 1887 für drei Jahre abgeschlossenen Rückversicherungsvertrages zusammenfällt.

Kaiser Wilhelm II. "erbte" von seinem Vater und Großvater auch zwei grundsätzliche Gegner der Bismarckschen Außenpolitik, den General der Infanterie Alfred von Waldersee und den Wirklichen Geheimen Rat des Auswärtigen Amtes Friedrich von Holstein.

Waldersee war als Generalquartiermeister der Stellvertreter Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltkes im Großen Generalstab und hatte 1885/86 Pläne für einen Präventivkrieg gegen Rußland und Frankreich ausgearbeitet, die im Falle eines Bündnisses zwischen diesen beiden Mächten umgesetzt werden sollten. Waldersee geriet damit zunehmend in Widerspruch zur Außenpolitik Bismarcks, und 1887 forderte er erneut, einen Präventivkrieg gegen Rußland zu überdenken. 1888 wurde Waldersee in der Nachfolge Moltkes Chef des Großen Generalstabs. Der ehrgeizige Waldersee, der Nachfolger Bismarcks als Reichskanzler werden wollte, hielt einen Krieg mit Rußland für unvermeidlich.<sup>25</sup>

Der Wirkliche Geheime Rat Friedrich von Holstein war ursprünglich ein Anhänger der Politik Bismarcks, war aber im Verlauf der achtziger Jahre zunehmend auf Distanz zu ihm gegangen, hauptsächlich wegen der pro-russischen Außenpolitik des Kanzlers. Holstein, ein "ewiger Junggeselle", nahm nur selten an gesellschaftlichen Veranstaltungen teil, bewohnte in Berlin in der Großbeerenstraße 40 eine spartanisch eingerichtete Wohnung und verließ Berlin über 30 Jahre hinweg nur zu Ferienaufenthalten. Er lebte nur für seine Arbeit im Auswärtigen Amt und wurde von seinen Zeitgenossen "die graue Eminenz" genannt, sein tatsächlicher Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik wurde aber deutlich überschätzt.

Holstein hat zwar seit 1884 gegen Bismarck intrigiert, hatte aber an seinem Sturz keinen Anteil. Der Geheime Rat befürwortete den Ausbau des Dreibundes zu einer festen Militärallianz, der sich Großbritannien anschließen sollte. Er sah in Rußland die größte Bedrohung für Deutschland und befürwortete wie Waldersee einen Präventivschlag gegen das Russische Reich. Dank seines guten Einvernehmens mit Philipp zu Eulenburg, dem langjährigen persönlichen Freund des Kaisers, und mit Bernhard von Bülow, dem späteren Reichskanzler, konnte Holstein indirekt

---

25 Maximilian Harden, Köpfe, I. Band, Berlin 1911, S. 205

Einfluß auf die Entscheidungen Wilhelms II. nehmen. Holstein sah in Großbritannien den idealen Bündnispartner für das Deutsche Reich und sollte jahrelang auf ein Bündnis mit dem Inselreich hinarbeiten.

Den Weggang Bismarcks empfanden auch die Zeitgenossen im europäischen Ausland als tiefgreifenden Einschnitt. Am 17. März 1890, drei Tage vor der Entlassung Bismarcks, kehrte der russische Botschafter Pawel Schuwalow aus St. Petersburg nach Berlin zurück und teilte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit, daß er von Alexander III. ermächtigt sei, den im Juni 1890 abgelaufenen geheimen deutsch-russischen Vertrag auf sechs Jahre zu verlängern, „und zwar in der Absicht, diese Abmachung nunmehr als eine dauernde anzusehen.“<sup>26</sup> Das russische Interesse an einer Vertragsverlängerung erklärt sich auch dadurch, daß ein Passus des Vertrages die deutsche Unterstützung in der Dardanellenfrage versprach.

Am 20. März 1890 ließ Wilhelm II. Schuwalow zu sich kommen, um ihm mitzuteilen, daß er sich in der „traurigen Notwendigkeit“ befinde, sich vom Kanzler trennen zu müssen. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der „inneren Politik“ bestünden für diese Trennung keine politischen Gründe; nur aus „Gesundheitsrücksichten“ gebe er dem Kanzler die Freiheit. In den Beziehungen zu Rußland solle nichts geändert werden. Wilhelm II. wörtlich „... die Politik, die der Kanzler gemacht hat, war nicht die seinige, es war diejenige meines Großvaters und es ist die meinige.“<sup>27</sup> Auf diese Nachricht hin hielt Alexander III. zwar sein eng an die Person Bismarcks gebundenes Angebot für einen Augenblick zurück, um sich auf die neue Situation einzustellen, erneuerte dann aber gleich wieder sein Angebot und telegraphierte nach Berlin, er sei bereit, die Vertragsverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Hier setzte ein politisches Verwirrspiel ein, das nur durch die Einwirkung Holsteins zu erklären ist. Der Kaiser wurde zunächst nicht über die feste Entschlossenheit des russischen Zaren unterrichtet, den Vertrag ungeachtet der Entlassung Bismarcks zu verlängern.

Holstein sah jedoch im Rückversicherungsvertrag einen Verrat am Geist des österreichisch-deutschen Bündnisses und drängte Bismarcks Nachfolger Caprivi dazu, sich gegen eine Verlängerung auszusprechen. Die leitenden Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wurden zusammengerufen und aufgefordert, ihre Stellungnahme schriftlich niederzulegen. Der deutsche Botschafter in St. Petersburg, General Hans Lothar von Schweidnitz, ein guter Kenner der Sachlage, setzte sich zwar für eine Erneuerung des Vertrages ein, wurde aber überstimmt.<sup>28</sup> Das veranlasste auch Caprivi, sich gegen eine Verlängerung des

<sup>26</sup> Bernhard Schwertfeger, Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871-1914. Ein Wegweiser durch das Aktenwerk der Deutschen Regierung II, Berlin 1924, S. 3

<sup>27</sup> Ebenda

<sup>28</sup> Maximilian Harden, Köpfe, a.a.O., S. 102

Rückversicherungsvertrages auszusprechen.

Kaiser Wilhelm gab daher dem deutschen Botschafter für Alexander III. die recht gewundene Erklärung mit: „ ... wie diesseits der bestimmte Wille vorliege, nach wie vor die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, wie aber in dem Personalwechsel, der sich in Deutschland gegenwärtig vollzogen, und der uns das Bestreben nahelegte, fürs erste uns ruhig zu verhalten und in keinerlei weitergehenden Verhandlungen einzutreten, der Grund liege, weshalb wir für geraten halten, von einer Erneuerung des Vertrages abzustehen.“<sup>29</sup>

Der russische Außenminister Nikolai Karlowitsch de Giers hoffte in der Folgezeit, den Vertrag wenigstens durch einen Notenaustausch oder einen diplomatischen Briefwechsel ersetzen zu können. Am 3. April 1890 berichtete Botschafter von Schweinitz über eine Audienz bei Alexander III., „ ... daß der Zar sein festes Vertrauen bekundet habe, Deutschland und Rußland würden gut zusammenhalten. Hoffentlich werde Caprivi nicht wie Graf Waldersee den Krieg wünschen und herbeizuführen suchen.“<sup>30</sup>

Bereits im März 1890 hatte Botschafter von Schweinitz an Caprivi geschrieben: „Ich halte es nicht für ratsam, die Hand, welche der Zar nochmals ausstreckt, zurückzustoßen; dagegen scheint es mir wohl möglich, in Anbetracht der herabgeminderten Ansprüche Rußlands etwas Schriftliches zu vereinbaren, welches ... uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die ersten Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde.“<sup>31</sup>

Als von russischer Seite auch weiterhin das Interesse an einer Vertragsverlängerung bekundet wurde, erörterte man die Frage in Berlin im Mai 1890 erneut. Entscheidend war dabei die Haltung von Reichskanzler Caprivi, der in dem russischen Wunsch die Absicht vermutete, den Dreibund zu sprengen. Außerdem sei es an der Zeit, sich angesichts der politischen Veränderungen von dem „künstlich gewordenen Bündnissystem des Fürsten Bismarck zu entfernen.“ Botschafter von Schweinitz wurde daher angewiesen, die „wiederholten Anerbietungen des russischen Außenministeriums höflich und freundlich, aber definitiv abzulehnen.“<sup>32</sup>

Bismarck verstand es nach seiner Entlassung sehr geschickt, die großen Presseorgane zur Verbreitung seiner Meinungen auszunutzen und damit seine Form der Opposition zu betreiben. Vor allem gewährte er den großen russischen Zeitungen Interviews. Am 23. Mai 1890 sah sich Caprivi veranlaßt, einen „Circularerlaß“ an alle deutschen Botschaften und Gesandtschaften

29 Schwertfeger, Die diplomatischen Akten, a.a.O., S. 5

30 Ebenda S. 6

31 Ebenda

32 Ebenda S. 7

herauszugeben, „ ... daß Bismarcks Anschauungen kein politisches Gewicht hätten.“ Am 3. Juni 1891 enthüllte Bismarck in den ihm sehr gewogenen "Hamburger Nachrichten" die Existenz des geheimen Rückversicherungsvertrages und erklärte, „daß es unvorsichtig war, die beiden Stränge, die Deutschland früher auf seinem Bogen hatte, nicht zu behalten, sondern den russischen Strang durchzuschneiden.“<sup>33</sup> Genau ein Jahr später fand sich in einem Interview sein berühmt gewordener Satz: „Der Draht ist abgerissen, welcher uns mit Rußland verbunden hat.“

Die von Bismarck in die Welt gesetzte Legende behauptet, Wilhelm II. habe „den Draht nach St. Petersburg“ willkürlich und aus Selbstherrlichkeit abreißen lassen. Tatsächlich wollte Wilhelm den Vertrag erneuern und beugte sich nur dem negativen Votum der Mehrheit der Beamten im Auswärtigen Amt und des neuen Reichskanzlers Caprivi. Außer Otto und Herbert von Bismarck war kein anderer Diplomat für die Erneuerung. Tatsächlich hatte der Rückversicherungsvertrag mehr psychologischen als praktischen Nutzen für das Deutsche Reich, was den Bismarcks durchaus bewußt war.<sup>34</sup>

Als am 1. Juli 1890 Deutschland und Großbritannien die Inseln Helgoland und Sansibar gegeneinander tauschten<sup>35</sup>, schien sich eine dauerhafte deutsch-englische Annäherung abzuzeichnen, wie Holstein sie sich erhoffte.

Das Russische Reich drohte vor dem Hintergrund russisch-britischer Rivalitäten in eine außenpolitische Isolation zu geraten. Der Machtkampf zwischen dem britischen und dem russischen Kolonialreich um den Einfluß in Asien wurde damals als „the Great Game“ (das „Große Spiel“, russ. Bolschaja Igra) bezeichnet. Die russisch-britischen Interessengegensätze erstreckten sich quer über den ganzen eurasischen Kontinent vom Nahen bis zum Fernen Osten, von den Meerengen bei Konstantinopel über Afghanistan, Persien und die indische Nordwestgrenze, bis nach der Mandschurei in Norostdchina.

Um der drohenden Isolation zu entgehen, strebte Zar Alexander III. eine Verständigung mit Frankreich an. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei die Tatsache, daß französische Banken Rußland umfangreiche Kredite für seine beginnende Industrialisierung gewähren konnten.

Der russische Außenminister Nikolai Karlowitsch de Giers, der sich für die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Deutschland eingesetzt hatte, legte dem russischen Botschafter in Paris Arthur von Mohrenheim in einem Schreiben vom 19. August 1891 Motive für die

<sup>33</sup> Wolfgang Stribny, Bismarck und die deutsche Politik nach seiner Entlassung 1890-1898, Paderborn 1977 S. 47

<sup>34</sup> Die Papiere des Herrn von Holstein, Teil 4; DER SPIEGEL Nr. 40, 1. Oktober 1957

<sup>35</sup> Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, a.a.O., Bd. III, S. 263

angestrebte Verständigung mit Frankreich dar. 1892 stehe, so Giers, die vertragliche Verlängerung des Dreibundes zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien an, und er halte es für mehr oder weniger wahrscheinlich, daß Großbritannien sich diesem Bündnis anschließen werde. Um dem ein Gegengewicht entgegenzusetzen, sollten Rußland und Frankreich als Vorstufe zu einem Defensivbündnis einen Meinungs austausch anstreben.<sup>36</sup> Kurze Zeit später wurde von Paris und St. Petersburg ein Konsultativpakt unterzeichnet, dem ein Jahr später, am 18. August 1892, eine geheime französisch-russische Militärkonvention folgte. Mit dieser verpflichteten sich beide Parteien, daß, falls eine von ihnen von einer Dreibundmacht angegriffen werden und gleichzeitig Deutschland in den Krieg eintreten sollte, sie sich gegenseitig mit allen Kräften unterstützen würden. Dieser Vertrag trat nach der Ratifizierung durch die beiden Staaten am 4. Januar 1894 in Kraft. Für Paris ging es bei diesem Defensivbündnis in erster Linie darum, die Bismarck'sche Außenpolitik der politischen Ausgrenzung Frankreichs zu durchkreuzen. St. Petersburg wollte dagegen in erster Linie einem weiteren Vordringen Österreich-Ungarns auf dem Balkan Grenzen setzen.

Alexander III. starb 1894 im Alter von nur 49 Jahren an einem Nierenleiden, ihm folgte sein Sohn Nikolaus II. auf den russischen Kaiserthron. Die deutsch-russischen Beziehungen waren in diesen Jahren keineswegs unfreundlich. Die Glückwünsche Wilhelms II. zur Hochzeit Nikolaus II. mit Alix von Hessen-Darmstadt am 26. Mai 1896 in Moskau beantwortete der junge Zar mit dem Hinweis auf die „intimen Freundschaftsbeziehungen, die traditionell unsere Häuser verbinden.“<sup>37</sup> Das Problem war aus russischer Perspektive das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sowie die Balkanpolitik der Donaumonarchie. Gleichzeitig entwickelte sich innerhalb der russischen Eliten eine antideutsche Strömung, die sich im "Panslawismus" niederschlug. Diese Bewegung war eine Form des romantischen Nationalismus, deren Ziel war die kulturelle, religiöse und politische Einheit aller slawischen Völker in Europa war.

In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts waren einer französisch-russischen Zusammenarbeit noch enge Grenzen gesetzt. Der Quai d'Orsay in Paris stellte sich auf den Standpunkt, daß der Bündnisvertrag Frankreich nur geringe Pflichten auferlege, da Rußland ganz offensichtlich nicht gewillt sei, in einen Krieg zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens einzutreten.<sup>38</sup> Und die russische Regierung war ihrerseits nicht bereit, wegen des Bündnisses mit Frankreich ihre nach wie vor guten Beziehungen zu Deutschland aufs Spiel zu setzen. 1895 brachte der Berater und spätere Nachfolger von Außenminister de Giers, Wladimir Nikolajewitsch Graf Lamsdorf, die

---

36 Patricia A. Weitsman, *Dangerous Alliances, Proponents of Peace, Weapons of War*, Stanford 2004, S. 105 f.

37 Schwertfeger, *Die diplomatischen Akten*, a.a.O., S. 261

38 Thomas M. Iiams, *Dreyfus, Diplomats and the Dual Alliance: Gabriel Hanotaux at the Quai d'Orsay, 1894-1898*, Genf 1962, S. 27 f.

russische Interessenlage auf den Punkt, als er erklärte, der eigentliche Zweck des Bündnisses sei es, Rußlands Handlungsfreiheit zu sichern und Frankreichs Überleben zu garantieren und gleichzeitig dessen antideutscher Politik Grenzen zu ziehen.<sup>39</sup>

Parallel zu der Neuformierung der europäischen Bündnissysteme bildete sich ein "Weltstaatsystem", wie die Zeitgenossen es nannten, heraus. In diesem stellten das Britische Empire, das Russische Reich, die Vereinigten Staaten von Amerika und in deutlich geringerem Maße das französische Kolonialreich die großen Weltmächte dar.<sup>40</sup>

Im Foreign Office in London gelangte man um die Jahrhundertwende zu der Erkenntnis, daß der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika und des Russischen Reiches aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung dieser beiden Länder, die tatsächlich ganze Kontinente umfaßten, unaufhaltsam sei. Die USA hatten während des Bürgerkrieges 1861-65 im Norden ihres Landes einen nachhaltigen Modernisierungsschub erfahren und waren nun auf dem Weg, zur stärksten Industriemacht der Welt zu werden. Die Industrialisierung Rußlands hinkte hinter der West- und Mitteleuropas noch deutlich hinterher, aber aufgrund seines ungeheuren Rohstoffreichtums war es absehbar, daß es eines Tages zu den führenden Wirtschaftsmächten zählen werde.

Die materielle Basis des Britischen Weltreichs war im Vergleich dazu weniger günstig, es umfaßte zwar ein Viertel der Erde, aber das meiste davon waren entweder leere Räume wie Kanada und Australien oder völlig unterentwickelte Gebiete wie Afrika. Einen Krieg mit dem Russischen Reich konnte Großbritannien wegen der Ausmaße dieses Landes und der zahlenmäßigen Stärke der russischen Armee praktisch nicht gewinnen. Schon während des Krimkrieges hatten Großbritannien und Frankreich zwar den Flottenstützpunkt Sewastopol und Teile der Krim einnehmen können, aber ein Vordringen ins Landesinnere war allein aufgrund der riesigen Entfernungen ausgeschlossen. Nach Auffassung der führenden englischen Staatsmänner gingen die Gefahren für die weltweiten Interessen Großbritanniens daher nicht von Deutschland, sondern von Rußland aus.<sup>41</sup>

Ein Konfliktpunkt im „Great Game“ zwischen Rußland und Großbritannien in Asien war damals der Nordosten Chinas, die Mandschurei.<sup>42</sup> Die Russen hatten dort im Gefolge des Baus der transsibirischen Eisenbahn seit Beginn der neunziger Jahre wirtschaftlich und politisch

39 Gespräch zwischen Lamsdorf und Lobanow-Rostowski, aufgezeichnet am 9. Oktober 1895, in W. N. Lamsdorf, Dnewik: 1894-1896, bearb. W. I. Bowykin und I. A. Diakonowa, Moskau 1991, S. 264 ff.; D. C. B. Lieven, Nicholas II., Emperor of All the Russias, London 1993, S. 93

40 Hölzle, Erwin: Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im 1. Weltkrieg. Göttingen 1975., S. 84 ff.

41 Keith Neilson, Britain and the Last Tsar. British Policy and Russia 1894-1917, Oxford 1995, S. xiii

42 Thomas Otte, The China Question. Great Power Rivalry and British Isolation, Oxford 2007

zunehmenden Einfluß gewonnen. Das chinesische Kaiserreich war aufgrund seiner mittelalterlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend zu einem Objekt der kolonialen Interessen der europäischen Großmächte, vor allem Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands geworden. 1894/95 trat noch Japan hinzu, das nach seinem Sieg im Krieg mit China die Halbinsel Korea, die bis dahin ein Vasallenstaat des chinesischen Kaisers gewesen war, zu seiner Einflußzone machte. Nachdem sich Japan einmal in Korea festgesetzt hatte, wurde es zunehmend zu einem Konkurrenten Rußlands um Macht und Einfluß in Nordchina. Die russische Regierung nutzte wiederum den chinesischen "Boxeraufstand" gegen die westlichen Kolonialmächte 1900-1901, um Heeresverbände in Stärke von weit über 100.000 Mann in die Mandschurei zu verlegen, die auch nach der Niederschlagung der Boxer Rebellion nicht abgezogen wurden.<sup>43</sup> China war für den britischen Handel sehr viel wichtiger als Afrika. Die russische Politik drohte daher zu einem ernststen Problem für die britischen Interessen in China zu werden. Dabei war es aufgrund der geographischen Lage des Russischen Reiches und der Stärke seiner Armee für die Londoner Politiker nur schwer vorstellbar, wie eine weitere russische Expansion in Ostasien verhindert werden sollte.<sup>44</sup>

Ein weiteres, noch weitaus brisanteres Problem war aus englischer Sicht die Grenze Nordwestindiens und damit die Sicherheit des gesamten indischen Subkontinents, dem "Kronjuwel" des Empire. Britische Politiker verfolgten mit Unbehagen den zügigen Ausbau der russischen Eisenbahn in Zentralasien und mutmaßten, daß Rußland bald einen besseren militärischen Zugang zum indischen Subkontinent haben werde als Großbritannien selbst<sup>45</sup> - wobei die Leistungsfähigkeit eingleisiger Eisenbahnen über transkontinentale Strecken erheblich überschätzt wurde. Das Problem wurde während des Burenkrieges 1899-1902 besonders dringlich, als wegen der Verlegung von Teilen der britischen Armee von Indien nach Südafrika die britische Fähigkeit, Nordindien zu verteidigen, in Frage gestellt schien. Im August 1901 gelangte ein Bericht der Nachrichtenabteilung des britischen Kriegsministeriums zu dem Ergebnis, daß die Britisch-Indische Armee zu schwach war, um im Falle eines russischen Angriffs die wichtigsten Stützpunkte und Garnisonen verteidigen zu können.<sup>46</sup>

Angesichts der eigenen militärischen Schwäche in Zentral- und Ostasien versuchten die britischen Staatsmänner der russischen Gefahr auf zwei Wegen zu begegnen: Zum einen betrieben sie eine Annäherung an Japan und Frankreich, zum anderen suchten sie mit St. Petersburg zu einer

---

43 Paul Jacques Victor Rolo: *Entente Cordiale. The Origins and Negotiations of the Anglo-French Agreements of 8 April 1904.* London 1969, S. 65 u. 108

44 D. Gillard, *The Struggle for Asia, 1828-1914. A Study in British and Russian Imperialism,* London 1977, S. 153 ff.

45 Neilson, *Britain and the Last Tsar, a.a.O.,* S. 122

46 Ebenda, S. 123

umfassenden Interessenabgrenzung in Asien zu gelangen.

Nach dem chinesisch-japanischen Krieges von 1894/95 hatten London wie Tokio ein gemeinsames Interesse daran, eine weitere Expansion Rußlands in Ostasien einzudämmen. Japan erschien aus britischer Sicht als der natürliche Bündnispartner in dieser Region. Die japanische militärische Präsenz in Nordkorea und der Mandschurei und die darin enthaltene Drohung gegen Rußland bildete einen gewissen Ausgleich gegen die britische Schwäche an der indischen Nordwestgrenze. Gleichzeitig bildete die rasch wachsende Kaiserlich Japanische Kriegsmarine ein Gegengewicht gegen die russische Pazifikflotte.<sup>47</sup>

1901 nahmen die britische und die japanische Regierung Gespräche über einen Bündnisvertrag auf, der am 30. Januar 1902 in London unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag sollte zu einer tragenden Säule der britischen Fernostpolitik werden. Parallel dazu strebte Großbritannien einen Ausgleich mit Frankreich an. Die Entente Cordiale vom 8. April 1904 richtete sich ursprünglich gar nicht gegen Deutschland, vielmehr sollte sie die Spannungen, die zwischen Großbritannien und Frankreich in Bezug auf ihre Interessen in Ägypten und Marokko herrschten, abbauen und gleichzeitig eine britische Annäherung an Rußland vorbereiten.<sup>48</sup>

Der britische Außenminister Lord Lansdowne hatte daher gute Gründe für die Annahme, daß "ein gutes Einvernehmen mit Frankreich höchstwahrscheinlich der Vorläufer für ein besseres Einvernehmen mit Rußland" sein werde. Am 21. Dezember 1903, etwa dreieinhalb Monate vor der Unterzeichnung der Entente Cordiale, schrieb Premierminister Balfour an Lord Lansdowne zu den englischen und russischen Interessen in Asien:

"Es gibt, so glaube ich, keine britische Regierung, die nicht froh wäre, mit Rußland in Zentralasien und dem Fernen Osten ein dauerhaftes Arrangement treffen zu können. Auch russische Staatsmänner und Diplomaten haben immer wieder den Wunsch geäußert, ein solches Arrangement zu verwirklichen."<sup>49</sup>

In London wurde in diesen Jahren die militärische Lage in Zentralasien in den düstersten Farben gemalt: Im Dezember 1901 wurde während einer Kabinettsitzung darüber beraten, daß Rußland in der Lage sei, Truppen im Umfang von 200.000 Mann in das Gebiet östlich des Kaspischen Meeres und ins westliche Afghanistan zu verlegen. Um sich gegen eine solche Armee verteidigen zu können, müßten die in Indien stationierten britischen Truppen auf eine Stärke von 50.000 bis

47 Otte, China Question, a.a.O., S. 71

48 Neilson, Britain and the Last Tsar, a.a.O., S. xiv; Rolo, Entente Cordiale, a.a.O., S. 273

49 Erwin Hölzle: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901-1914. Darmstadt 1978, Nr. 8

100.000 Mann gebracht werden, was immense Summen verschlingen würde.<sup>50</sup> Gleichzeitig würden die raschen Fortschritte des russischen Schienenbaus zur afghanischen Grenze die Lage rasch zum Nachteil Großbritanniens verändern.<sup>51</sup>

Tatsächlich wurde die Gefahr einer russischen Invasion Indiens in London maßlos überschätzt. Der russische Generalstab war nach ausführlichen Studien schon Ende der achtziger Jahre zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Feldzug zur Eroberung Indiens über Afghanistan allein aus logistischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit sei. Zwischen den zentralasiatischen Provinzen Rußlands und Indien lag der Hindukusch und mit einer einzigen eingleisigen Eisenbahnlinie war eine große Armee über diese Entfernungen nicht ausreichend zu versorgen. Selbst wenn die russische Armee in Afghanistan einmarschieren sollte, mußte sie dort erst einmal eine Eisenbahn quer durch das Land bauen, um größere Truppenkontingente an die indische Grenze verlegen und versorgen zu können.<sup>52</sup>

Ungeachtet dieser Tatsachen war die Sicherheit Indiens vor etwaigen russischen Eroberungsabsichten - die es tatsächlich niemals gab - für die Entscheidungsträger der britischen Außenpolitik ein zentrales Motiv ihres Denkens und Handelns. Ein Generalstab wurde in Großbritannien erst 1904 eingerichtet, und die dort tätigen hohen Militärs vertraten zur Frage der Bedrohung der indischen Nordwestgrenze ganz unterschiedliche Standpunkte, was für die Politiker alles andere als hilfreich war.

Die "Entente" zwischen Frankreich und Großbritannien wurde 1904 geschlossen und 1907 mit der Einbeziehung Rußlands zur "Triple-Entente" erweitert. Dieses "Bündnis hatte seine Ursachen weniger in einer beabsichtigten Einkreisung Deutschlands, als vielmehr in dem Versuch der drei Mächte, zu einer Interessenabgrenzung in Asien und Afrika zu gelangen.<sup>53</sup>

Die Bemühungen Friedrich von Holsteins zur Bildung eines Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien waren damit von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Einen letzten Versuch zu einer Wiederannäherung an das Russische Reich unternahm die deutsche Außenpolitik während des russisch-japanischen Krieges 1904/05. Nikolaus II. war verbittert über die Haltung Englands und enttäuscht über die ausbleibende Unterstützung Frankreichs.

---

50 Neilson, Britain and the Last Tsar, a.a.O., S. 124 f.

51 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013, S. 192

52 Erwin Hölzle: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges. Internationale Dokumente 1901-1914. Darmstadt 1978, Nr. 25

53 Fay, Ursprung des Weltkrieges, a.a.O., I, S. 144 ff.

Zu Beginn des Jahres 1905 hatten die bereits im Herbst zuvor aufgenommenen deutschen Bündnisverhandlungen mit St. Petersburg ohne Ergebnis geendet, was Wilhelm II. aber nicht entmutigte. Am 23. Juli 1905 traf er mit seiner Jacht „Hohenzollern“ im Hafen von Björkö<sup>54</sup> an der Nordküste des finnischen Meerbusens ein, wo er am folgenden Tag von Nikolaus II. an Bord von dessen Jacht „Polarstern“ empfangen wurde. Knapp zwei Monate zuvor, am 27. Mai 1905, war die Baltische Flotte unter dem Kommando von Admiral Sinowi Petrowitsch Roscheswenski, die von der Ostsee aus auf eine achtmonatige und 18.000 Seemeilen lange Fahrt nach Fernost entsandt worden war, in der Straße von Korea bei der Insel Tsushima von einer japanischen Flotte unter Admiral Togo vernichtend geschlagen worden. Angesichts dieses Desasters und angesichts der russischen Niederlage in der Schlacht von Mukden in der Mandschurei Ende Februar/Anfang März 1905 zeigte sich der Zar für das deutsche Angebot empfänglich und unterzeichnete den ihm von Wilhelm II. vorgelegten Vertragsentwurf.<sup>55</sup>

Der Enthusiasmus des Kaisers sollte aber bald einen Dämpfer erhalten, Reichskanzler Bülow zeigte sich wenig begeistert und drohte sogar mit seinem Rücktritt. Ungeachtet solcher Mißhelligkeiten glaubte Wilhelm auch weiterhin an den Erfolg seiner Bemühungen um ein Defensivbündnis mit Rußland, dem auch Frankreich beitreten sollte, wenn erst einmal der russisch-japanische Krieg beendet war. Der deutsche Kaiser und der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt hatten sich schon seit geraumer Zeit darum bemüht, Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, die bald darauf auf der Marinewerft von Portsmouth in Kittery im US-Bundestaat Maine beginnen sollten.<sup>56</sup>

Einen Monat nach Unterzeichnung des Friedensvertrages von Portsmouth erhielt Wilhelm II. am 7. Oktober 1905 einen niederschmetternden Brief aus St. Petersburg. Nikolaus II. hatte den Vertrag natürlich umgehend seinem Außenminister, dem Grafen Wladimir Nikolajewitsch Lamsdorf, gezeigt, und dieser erkannte sofort, daß er mit dem Geist des russisch-französischen Bündnisvertrages von 1894 unvereinbar war. Nikolaus II. sah sich genötigt, seinem Vetter Wilhelm am 7. Oktober 1905 zu schreiben, daß vor einem Inkrafttreten des Vertrages von Björkö zunächst einmal die Meinung der französischen Regierung eingeholt werden müsse.<sup>57</sup> Mit diesem Schreiben wurde das Inkrafttreten des Vertrages von Björkö auf unbestimmte Zeit verschoben, er sollte tatsächlich niemals in Kraft treten.

---

54 Heute Primorsk

55 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, a.a.O., Bd. XIX, S. 458 ff.

56 Ebenda, S. 466

57 Ebenda, S. 512

Auf "the Great Game", das "Große Spiel" zwischen Rußland und Großbritannien um Einfluß in Asien hatte Deutschland nur sehr geringe Einwirkungsmöglichkeiten. Bismarcks Rückversicherungsvertrag von 1887 kann angesichts dieser großen Zusammenhänge nur eine beschränkte Bedeutung beigemessen werden. Ob eine Verlängerung des Rückversicherungsvertrages den Weltkrieg von 1914 tatsächlich verhindert hätte, steht in den Sternen, denn zum Ausbruch dieses Großkonflikts haben so viele Faktoren und Zufälle beigetragen, daß es unmöglich ist, einen davon zu verabsolutieren.